



## Konsequent sozial für Brandenburg

Wandel auf breiter Front tut Not. Doch wir werden nicht alles auf einmal anpacken und auch nicht finanzieren können. Es kommt darauf an, einen länger währenden Prozess von Veränderungen in Gang zu setzen und an den richtigen Stellen zu beginnen. Mit den 15 politischen Schlüsselvorhaben machen wir in unserem Wahlprogramm deutlich, womit wir den Wandel einleiten wollen. Sie werden für uns - in Opposition wie in Regierung - Maßstab sein. Es sind Vorhaben, mit denen wir auf zentrale Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger reagieren. Mit ihnen soll das Positive in Brandenburg bewahrt, ausgebaut und für alle wirksam gemacht werden. Es sind Vorhaben, die über sich selbst hinaus weisen, deren Wirkung vielfältig und nachhaltig sein wird. Diese Vorhaben gehören für uns zum Fundament eines politischen Bündnisses für ein neues Brandenburg – eines Bündnisses in Gesellschaft, Parlament und Regierung, das sich ein solidarisches, zukunftsfähiges und in allen seinen Regionen vitales Land zum Ziel setzt.

### Schlüsselvorhaben 13

## Kommunale Zusammenarbeit stärken

### Überall soll man gut leben können

Wir wollen, dass es sich überall in Brandenburg gut leben lässt. Auch wenn man uns LINKEN in diesem Zusammenhang "Gleichmacherei" vorwirft: Wir halten an dem Ziel fest, in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, so wie es seit 1992 in der Brandenburger Verfassung (Art. 44) steht.

Der Maßstab dafür, ob und wie das gelingt, sind nicht Statistiken und Rankings, sind nicht Leuchttürme und Musterregionen hier und da. Der Maßstab ist, wie Brandenburgerinnen und Brandenburger dort zurechtkommen, wo sie wohnen, ob sie sich wohl fühlen oder nicht, ob sie Chancen haben oder nicht, ob ihre Lebensweisen rechtlich gleich behandelt werden oder nicht. Egal wo sie leben, ob in der Uckermark und Elbe-Elster oder in den berlinnahen Städten und Gemeinden von Barnim oder Teltow-Fläming.

Die Grundvoraussetzung dafür sind funktionierende, lebensfähige Gemeinwesen – Städte, Dörfer und Landkreise. Die stabile Sicherung der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen ist eine wichtige Zielstellung für die Zukunft.

Die Selbstverwaltung der märkischen Städte und Gemeinden ist gegenwärtig aber eher eine Fiktion denn Realität. Eine wachsende Zahl von Kommunen kann kaum eigene Vorhaben realisieren. Viele, zu viele sind zum bloßen Vollzieher von immer mehr Gesetzen und Verordnungen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes degradiert worden. Kommunalpolitik ist in der Landesregierung das fünfte Rad am Wagen!

An dieser Situation hat auch das vom Innenminister gefeierte „große Reformprojekt Kommunalverfassung“ nichts geändert. DIE LINKE hat die Novellierung der Kommunalverfassung kritisch begleitet und sieht in den

Änderungen vor allem eine Schwächung der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wurde – entgegen den Erwartungen – nicht erleichtert, sondern eingeschränkt. Seit 10 Jahren, also seit dem Beginn der SPD-CDU-Koalition, stagniert die Funktionalreform: Die Landesregierung hat keine tragfähigen Vorschläge für die Übertragung von Aufgaben von der Landesebene auf die kommunale Ebene vorgelegt.

## Rahmenbedingungen für die Kommunen

DIE LINKE misst der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung seit jeher einen hohen Stellenwert zu. Dies haben wir im Landtag immer wieder deutlich gemacht. Und unsere kommunalen Mandatsträger in allen Teilen des Landes stellen dies tagtäglich unter Beweis.

Zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung gehört für DIE LINKE vor allem

- die Stärkung der Kommunalvertretungen gegenüber den hauptamtlichen Verwaltungen – den Vertretungen müssen weitere Entscheidungs- und Kontrollrechte übertragen werden;
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die direkte Mitbestimmung der Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide;
- die Erweiterung der Handlungsspielräume für kommunale Unternehmen und Einrichtungen, insbesondere durch Lockerung des Örtlichkeitsprinzips;
- die Beförderung der Rekommunalisierung von wirtschaftlichen Unternehmen;
- die Umsetzung der Möglichkeiten moderner Informationsverarbeitung und Kommunikation;
- die Erweiterung der Möglichkeiten für eine kommunale Zusammenarbeit.

## Gemeinsam sind die Kommunen stark

Die demografische Entwicklung, der verschärfte Standortwettbewerb, die wachsende Komplexität der Daseinsvorsorge und die knappen Kassen zwingen die Kommunen, nach neuen Wegen zu suchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Die kommunale Zusammenarbeit hat

diesbezüglich ein großes Potenzial. Schon heute arbeiten verschiedene Städte und Gemeinden auf vertraglicher Grundlage zusammen, um gemeinsam Projekte zu realisieren. Dies kann die Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung sein, der gemeinsame Betrieb einer Schule oder Kindereinrichtung, ein ÖPNV-Verbund oder auch eine gewerbliche Entwicklungsmaßnahme, welche Kraft und Kompetenz einer einzelnen Kommune übersteigt. Projektgebundene Zusammenschlüsse können sowohl in Teilregionen einzelner Landkreise als auch Landkreis übergreifend organisiert werden. Voraussetzung für eine solche kommunale Zusammenarbeit ist, dass die beteiligten Akteure die notwendige Handlungsautonomie, Kompetenz und Finanzausstattung einbringen.

Das Potenzial der kommunalen Zusammenarbeit wird gegenwärtig bei weitem nicht ausgeschöpft. DIE LINKE hat deshalb die Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit zu einem von 15 Schlüsselvorhaben in ihrem Wahlprogramm gemacht. Wir wollen, dass

- im Rahmen einer Experimentierklausel für die Kommunen breitere Spielräume für die kommunale Zusammenarbeit geschaffen werden;
- Projekte kommunaler Zusammenarbeit durch spezielle Förderprogramme des Landes wie auch durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch unterstützt werden;
- die Regionalen Planungsgemeinschaften politisch und wirtschaftlich gestärkt werden, indem ihre Aufgaben klarer bestimmt und ihre Erfahrungen umfassender als heute genutzt werden;
- im Interesse der Entwicklung der Regionen und Kommunen die Handlungsstrategien für Wirtschaftsförderung, Landesplanung und auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärker vernetzt und abgestimmt werden.

Natürlich ist kommunale Zusammenarbeit vor allem ein Prozess, der „von unten“ wachsen muss. Er kann nicht „verordnet“ werden. Aber ohne Rahmenbedingungen des Landes, für die sich DIE LINKE mit ihrem Schlüsselvorhaben weiter einsetzen will, wird die kommunale Zusammenarbeit nie den Umfang und die Intensität bekommen, die notwendig ist, damit wir alle Artikel 44 der Landesverfassung und damit gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen ein Stück näher kommen.

---

Falls Sie Fragen oder weitere Vorschläge haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie an:  
Wahlquartier im Potsdamer Hauptbahnhof, Telefon: 0331 – 550 66 09 oder E-Mail: [wahlquartier@dielinke-brandenburg.de](mailto:wahlquartier@dielinke-brandenburg.de)

**[www.brandenburg-waehlt-rot.de](http://www.brandenburg-waehlt-rot.de)**

Herausgeber: Landesverband DIE LINKE Brandenburg, 14469 Potsdam, Alleestraße 3